

Antrag

der Abgeordneten Cornelia Pieper, Uwe Barth, Patrick Meinhardt, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Horst Meierhofer, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Jörg Rohde, Carl-Ludwig Thiele, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Exzellenzwettbewerb – Fachhochschulen

Der Bundestag möge beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die 163 staatlichen und staatlich anerkannten Fachhochschulen, die bereits ein breites Fächerspektrum aus Ingenieur-, Wirtschafts- und Naturwissenschaften, aber auch Sozial- und Gesundheitswissenschaften anbieten, haben sich seit 1990 weiter kontinuierlich entwickelt und nehmen heute einen festen Platz im deutschen Hochschulsystem ein.

Sie leisten im tertiären Bereich einen herausragenden Beitrag bei der praxisnahen Ausbildung der Studierenden und sichern somit den Bedarf von Wirtschaft und Verwaltung an gut ausgebildeten Hochschulabsolventen. Die Fachhochschulen bilden allein schon 60 Prozent des gesamten Ingenieurnachwuchses in Deutschland aus.

Nach Auffassung des Wissenschaftsrates (WR), der in Abständen von ca. zehn Jahren die Entwicklung der Fachhochschulen evaluiert, sind aber in bestimmten Bereichen die wissenschaftspolitischen Zielstellungen nicht erreicht worden, was seinen Ausdruck in einer Stagnation bei der Neugründung von Fachhochschulen sowie des Ausbaus ihrer Aufnahmekapazität für Studienanfänger findet. Des Weiteren wurde das Fächerspektrum nicht weiterentwickelt. Die eingeschränkte Drittmittelfähigkeit als Voraussetzung für anwendungsorientierte Forschung und die Weiterentwicklung des Status der Fachhochschulen und ihrer Absolventen setzten ihrerseits Grenzen.

Daher sprach sich der WR am 18. Januar 2002 in seinen „Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen“ gegenüber allen Verantwortlichen sehr eindeutig für den verstärkten Ausbau der Fachhochschulen aus. Gründe hierfür sind u. a. ihre höhere Flexibilität bei der bedarfsgerechten und praxisbezogenen

Ausbildung für den Arbeitsmarkt, die Ausschöpfung von Qualifizierungspotenzialen und die Akademisierung von Berufsfeldern.

Innovationen brauchen Ideen! Die wichtigste Ressource für Ideen sind die Phantasien, das Wissen und Können sowie die Kreativität der Menschen.

Mit ihren 186 000 Studierenden und jährlich 24 000 Absolventen allein in den Ingenieurwissenschaften haben die Fachhochschulen gute Ausgangsbedingungen für die Entstehung, den Diskurs und die Umsetzung von Forschungsideen in der Wirtschaft und hier vor allem in klein- und mittelständischen Unternehmen.

Das hat die damalige Bundesregierung bereits früh erkannt und 1992 ein eigenes Forschungsprogramm „Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen“ (aFuE) entwickelt. Durch dieses Programm mit einer Laufzeit von 1992 bis 2003 sollten besonders die Drittmittelfähigkeit gefördert und entsprechende Hemmnisse abgebaut werden. In diesem Zeitraum wurden im aFuE-Programm über 5 700 FuE-Projekte, davon 59 Prozent aus den Ingenieurwissenschaften, eingereicht. 3 700 Projekte wurden von den Gutachtern als förderwürdig eingestuft. Letztendlich wurden über 900 Projekte mit 75 Mio. Euro gefördert.

Obwohl die Drittmittel zu diesem Zeitpunkt spürbar gestiegen sind – 1992: 56 Mio. Euro; 2001: 130 Mio. Euro –, ist das im Vergleich zu den Universitäten immer noch sehr niedrig. Allein der Bund stellte 2001 rund 35 Prozent aller von den Fachhochschulen eingeworbenen Drittmittel bereit.

Auch das Folgeprogramm „Angewandte Forschung an Fachhochschulen im Verbund mit der Wirtschaft“ (FH3) mit einer Laufzeit bis 2007 fördert wirtschaftsnahe Forschungsfelder mit hoher KMU-Relevanz, wobei die Kostenbeteiligung des Wirtschaftspartners Fördervoraussetzung ist.

Die Bundesregierung möchte auch weiterhin die angewandte Forschung an Fachhochschulen in den Ingenieur-, Natur- und Wirtschaftswissenschaften im Rahmen des Programms „Forschung an Fachhochschulen mit Unternehmen“ (FHprofUnd) fördern. Mit Beginn des Jahres 2007 sollen hierfür vorerst 15 Mio. Euro und im darauf folgenden Jahr 30 Mio. Euro aufgewendet werden.

Von der Exzellenzinitiative der Bundesregierung bleiben die Fachhochschulen aber größtenteils ausgeschlossen. Daher ist es ein dringliches Erfordernis, einen „Exzellenzwettbewerb Fachhochschulen“ auszuloben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen „Exzellenzwettbewerb Fachhochschulen“ auszuloben und die hierfür notwendige Mittelbereitstellung abzusichern,
2. im Rahmen des Exzellenzwettbewerbs sowohl die zehn besten Fachhochschulen in Deutschland als auch in jedem Bundesland die jeweils beste Fachhochschule zu fördern,
3. die Förderkriterien an:
 - der bedarfsgerechten Bereitstellung neuer Studienplätze,
 - der Steigerung des Anteils von Studierenden an FH auf 40 Prozent,
 - der Einrichtung von gestuften Studiengängen mit Bachelor- und Masterabschluss,
 - der Qualitätssicherung durch Akkreditierung sowie die Einführung von Diploma Supplements,
 - der Akkreditierung von Master-Studiengängen mit der Eignung zum höheren Dienst in der Beamtenlaufbahn von Landes- und Bundesbeamten,

- dem Praxisbezug des Studiums, auch bei dreijährigen Bachelor-Studiengängen,
- der Internationalisierung der Fachhochschulen,
- den Chancen der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt,
- den Weiterbildungsangeboten der Fachhochschulen für Absolventen,
- der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung,
- der Zusammenarbeit in Clustern mit der Wirtschaft, anderen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen,
- der Verbesserung der Drittmittelfähigkeit,
- der Einführung neuer Studiengänge auszurichten.

Berlin, den 25. September 2006

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

